

Ottokar Luban

Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkriegs*

Der politische Massenstreik als Mittel zur Erkämpfung demokratischer Rechte wurde in der deutschen und internationalen Sozialdemokratie bereits in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg heftig diskutiert. Die Initialzündung dazu gaben die Massenaktionen im Rahmen der russischen Revolution von 1905/06. Rosa Luxemburg, die selbst einige Monate an der Bewegung in Russland teilgenommen hatte, gehörte sowohl in den Vorkriegsjahren als auch während des Ersten Weltkriegs zu den aktivsten Verfechterinnen des politischen Massenstreiks.¹ In ihrer 1906 erschienenen Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ und in Zeitungsartikeln der folgenden Jahre begründete sie ihre Auffassungen und agitierte dafür in den folgenden Jahren auf vielen Parteiveranstaltungen.² 1907 wirkte sie auf dem Kongress der Zweiten Internationale an der später auf den Konferenzen von Basel 1910 und Kopenhagen 1912 bestätigten Resolution mit, die die sozialdemokratischen Parteien im Falle des Ausbruchs eines Kriegs verpflichtete, „für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.³

Erste Versuche zu Massenaktionen gegen den Krieg

Mit dem Kriegsausbruch und dem damit verbundenen Belagerungszustand waren zunächst alle Gedanken an Massenaktionen gegen die Politik der kaiserlichen Regierung, erst recht an politische Massenstreiks, illusorisch geworden. Die Gewerkschaften verzichteten für die Dauer des Kriegs auf die Initiierung von Arbeitsniederlegungen, die unter dem verhängten Belagerungszustand als versuchter Landesverrat bestraft werden konnten, und arbeiteten auf allen Ebenen mit den Behörden zusammen. Auch die SPD-Mehrheit gab die vor Kriegsausbruch praktizierte prinzipielle Opposition gegen das halbabsolutistische Staatssystem auf, kooperierte im Rahmen der „Burgfriedenspolitik“ häufig mit der kaiserlichen Regierung wie

* Überarbeitete Fassung eines Referats, gehalten am 25. Januar 2008 im Bildungsseminar der IG Metall in Berlin-Pichelssee.

1 Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, vor allem S. 249–262, 334–337, 342–351; Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. u. a. 1973, vor allem S. 78 f., 479.

2 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 2004, S. 93–176, weiter (als Beispiel) S. 463–483.

3 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin [Ost] 1958, S. 5.

auch den bürgerlichen Parteien und bewilligte im Reichstag alle Finanzmittel für den Krieg.⁴ Die in Opposition zu dieser Politik stehenden Sozialdemokraten waren bis Ende 1915 in ihren örtlichen oder regionalen Bereichen oder in den zentralen Parteigremien weitgehend damit beschäftigt, die Gegner der Kriegskreditbewilligung zu sammeln und weitere Anhänger zu gewinnen. Doch wurden oppositionelle Bestrebungen von den Militär- und Polizeibehörden behindert oder unterdrückt sowie vom Parteivorstand unter Berufung auf die Parteinheit als parteischädlich verurteilt und möglichst unterbunden.

Die erste Äußerung eines bekannten sozialdemokratischen Politikers im Krieg über eine mögliche Massenstreikaktion stammt vom September 1915. Der Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht schrieb an den Stuttgarter Jugendfunktionär Friedrich Notz: „Ich meine, wir müssten überlegen, ob und evtl. wie Propaganda für einen Munitionsarbeiterstreik nach englisch-amerikanischem, russischem Muster und darüber hinaus für einen Antikriegs-Massenstreik zu machen wäre.“ Dabei hoffte er vor allem auf die steigende Kriegsmüdigkeit bei einem weiteren Winterfeldzug.⁵ Von den mehrfachen Versuchen zu Friedensdemonstrationen um die Jahreswende 1915/16 hatte nur einer in Berlin mit einigen tausend Teilnehmern einen kleinen Erfolg gebracht, aber noch keine Massenaktion.⁶ Als nächste Gelegenheit zu einer Massendemonstration für den Frieden bot sich der traditionsreiche 1. Mai an. Die Gruppe Internationale bereitete eine entsprechende Kundgebung mit eigenen Flugblättern vor. Da sie allein nur geringen Rückhalt in der Berliner Parteioorganisation besaß, versuchte sie, die überwiegend zur oppositionellen „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) neigende Berliner Sozialdemokratie für die Teilnahme zu gewinnen. Doch deren informelle Anführer Georg Ledebour und Adolf Hoffmann lehnten ab.

Trotzdem versammelten sich am Abend des 1. Mai auf dem Potsdamer Platz in Berlin einige tausend Demonstranten, darunter viele Mitglieder der mit der Gruppe Internationale sympathisierenden sozialdemokratischen Arbeiterjugend. Doch wurde ein großer Teil der Kundgebungsteilnehmer durch massiven Polizeieinsatz in die Nebenstraßen abgedrängt. Als Massenaktion war diese Demonstration nicht zu bezeichnen und insofern ein Misserfolg. Gleichzeitig bedeutete die Verhaftung des populären Karl Liebknecht für die Spartakusgruppe einen großen personellen Verlust. Die Spartakusgruppe entfaltete ab Juni 1916 zugunsten von Karl Liebknecht eine intensive Agitation und rief zu Protestaktionen auf.⁷ Doch es sah so aus, als ob trotz der spürbar werdenden Versorgungsengpässe und der sich

4 Susanne Miller: *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974, S. 75 ff.; Heinz Wohlgemuth: *Die Entstehung der KPD. Ein Überblick*, 2. Aufl., Berlin [Ost] 1978, S. 45 ff. (beide auch für alle weiteren Ausführungen zur allgemeinen Parteigeschichte).

5 Karl Liebknecht: *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. VIII, Berlin [Ost] 1966, S. 317: Brief vom 22. September 1915.

6 Heinz Deutschland (Hg.): »Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten«. Briefwechsel zwischen Käthe und Hermann Duncker 1915 bis 1917, Bonn 2005, S. 35–38; Wohlgemuth: *Entstehung*, S. 123 f.

7 *Dokumente und Materialien*, Bd. 1, S. 386–389, 398–400 (Spartakusflugblätter).

verstärkenden Kriegsmüdigkeit keine Bereitschaft für größere Friedensaktionen in der Arbeiterschaft vorhanden war.⁸

Der Liebknechtstreik am 28. Juni 1916

„Eine fast allgemeine Überraschung“⁹ – so der SAG-Vorsitzende Hugo Haase – stellte der Ausbruch des eintägigen Streiks in Berlin am 28. Juni 1916 mit 55.000 Beteiligten für die Führung der SAG, SPD und Gewerkschaften, aber auch für die Berliner Politische Polizei dar. Die Arbeiterinnen und Arbeiter verließen aus Protest gegen den Liebknecht-Prozess ihre Rüstungsbetriebe und ein großer Teil demonstrierte an verschiedenen Stellen der Stadt, vor allem vor dem Kommandanturgericht. Bereits am Vorabend war es zu ähnlichen Kundgebungen gekommen. Am 29. und 30. Juni 1916 legten die Belegschaften weiterer Berliner Fabriken mit einer Beteiligung von jeweils fast 10.000 die Arbeit nieder, so dass eine Gesamtzahl von ca. 75.000 Streikenden erreicht wurde. Liebknecht stand am 28. Juni 1916 in erster Instanz als Anführer und Organisator der Friedenskundgebung vom 1. Mai 1916 vor dem Kriegsgericht, hatte dann am 23. August den Termin der Berufungsverhandlung und wurde am 4. November 1916 in der letzten Instanz zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt.¹⁰

Bei den vorhergehenden Aktionen hatte es sich fast immer um einen Streik oder eine Demonstration wegen Lohn- oder Lebensmittelfragen gehandelt, so im Mai 1916 bei einem mehrtägigen Streik in Braunschweig.¹¹ Jetzt aber ging es in Berlin bei dem Sympathiestreik für Liebknecht, der wegen seines konsequenten antimilitaristischen Auftretens zur Symbolfigur für die Friedenssehnsucht der Bevölkerung geworden war, um die erste große Arbeitsniederlegung mit einem eindeutigen Bekenntnis für eine Friedenspolitik und damit um einen politischen Massenstreik. Zu kleineren Solidaritätsdemonstrationen für Liebknecht, also ebenfalls zu politischen Aktionen, kam es auch in Stuttgart und Bremen, weiterhin zu einem Streik von einigen Tausend Arbeiterinnen und Arbeitern in Braunschweig. Die Führungen von SPD und Gewerkschaften distanzieren sich von diesen Aktionen und versuchten, weiteren politischen Streiks bei den Revisionsterminen des Liebknecht-Verfahrens entgegenzuwirken. In einem im „Vorwärts“ veröffentlichten und auf 100.000 Flugblättern in Berlin verteilten Aufruf vom 25. Juli 1916 warnten sie die Arbeiterschaft „vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Generalstreikapostel“ und verurteilten alle Mitwirkenden: „Wer das putschistische Treiben (...) mitmacht (...), trägt eher zur Verlängerung

8 Dokumente aus geheimen Archiven. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin, Bd. 4: 1914–1918, Weimar 1987, S. 130.

9 Hugo Haase an den Reichstagsabgeordneten Alfred Gottschalk, 9.7.1916, in: Ernst Haase: Hugo Haase. Sein Leben und Wirken, mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen, Berlin o.J., S. 124.

10 Heinz Wohlgenuth: Karl Liebknecht. Eine Biographie, Berlin [Ost] 1973, S. 332–344.

11 Friedhelm Boll: Massenbewegungen in Niedersachsen 1806–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover, Bonn 1981, S. 217–234.

des Krieges bei.¹² Für den SPD-Partei- und Reichstagsfraktionsvorsitzenden Philipp Scheidemann stellte dieser von der Basis in den Betrieben kommende Streik eine schwere Verletzung der Kompetenzfrage dar, wie er am 18. August betonte: „Wenn wir Massenbewegungen machen, so muß das von der Organisation geschehen, Parteileitung, Generalkommission, Gewerkschaftsvorstände sind die Instanzen, die über Streiks in Gemeinschaft mit ihren Vertrauensleuten zu bestimmen haben, aber nicht anonyme erbärmliche Hetzer, die keine Spur von Verantwortungsgefühl haben und leider auch der Öffentlichkeit gegenüber keine Verantwortung tragen.“¹³

Als Verursacher dieser Massenaktion machte die Berliner Politische Polizei schnell die oppositionellen Betriebsvertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter Verbandes (DMV) in Berlin aus und ließ ihren informellen Anführer, den Branchenleiter der Dreher Richard Müller, später in der Novemberrevolution 1918 Vorsitzender des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin, erst einmal für mehrere Monate zur Armee einberufen.¹⁴ Dieser Kreis von oppositionellen ehrenamtlichen Funktionären und Vertrauensleuten im Berliner Verband des DMV, die alle in den Fabriken tätig und dort fest verankert waren, hatte sich bei den üblichen Gesprächen in Lokalen nach den offiziellen Sitzungen zusammen gefunden und wurde später in der Novemberrevolution 1918 als ‚Revolutionäre Obleute‘ bekannt. Obwohl die Zusammensetzung im Laufe des Krieges durchaus etwas wechselte, war dies eine verschworene Gemeinschaft, die auf der Grundlage der in den Betrieben üblichen Kollegialität und Solidarität handelte.¹⁵

Der Liebknecht-Streik im Juni 1916 hatte mit den Berliner oppositionellen Betriebsvertrauensleuten einen weiteren politischen Akteur auf der linken Szene der Arbeiterbewegung wirkungsvoll in Erscheinung treten lassen. Der Impuls für den Liebknecht-Streik kam von der Basis in den Rüstungsbetrieben, wurde von den linken Obleuten aufgegriffen und an den Vertreter der SAG Georg Ledebour und an den Repräsentanten der Spartakusgruppe Franz Mehring herangetragen, um dann gemeinsam über die Massenaktion zu beraten.¹⁶ Die Spartakusgruppe steuerte ihre illegalen Flugschriften, die SAG die organisatorische Unterstützung durch die mehrheitlich oppositionell eingestellte Berliner SPD bei, die 1917 überwiegend zur USPD übergang. Diese Koalition zwischen der gewerkschaftlichen Linken

12 Die Erklärung ist abgedruckt in: Dokumente und Materialien, Bd. 1, S. 423–425, Zitate: S. 425.

13 Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, Bd. 1, Berlin/Bonn 1980 (Reprint), S. 368 (nach der Seitenzählung im Reprint).

14 Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4, S. 136, S. 139.

15 Dirk H. Müller: Gewerkschaften, Arbeiterausschüsse und Arbeiterräte in der Berliner Kriegsindustrie 1914–1918, in: Gunther Mai: Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918, Düsseldorf 1985, S. 165–173; Dirk H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, Berlin 1985, S. 265–307; Ralf Hoffrogge: Richard Müller – vom Gewerkschaftsfunktionär zum revolutionären Betriebsobmann. Magisterarbeit, Freie Universität Berlin, Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften 2007, S. 21–24; erscheint 2008 im Karl Dietz Verlag Berlin.

16 Mehring an Joseph Herzfeld, 13.8.1916 (Abschrift), in: Bundesarchiv Berlin (BA Berlin), R 0701, Nr. 796, Bl. 74; Vernehmung Mehrings am 6.9.1916, in: ebd., Bl. 75; dagegen Negierung der Zusammenarbeit bei Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, Berlin 1974 (Reprint), Bd. 1, S. 66.

und den beiden Gruppierungen der sozialdemokratischen Parteilinken sollte noch bei weiteren politischen Massenaktionen in der Kriegs- und Revolutionszeit eine große Rolle spielen. Zunächst einmal schien jedoch der Massenstreik am 28. Juni 1916 eine Episode zu bleiben. Alle Aufrufe zu weiteren Streiks und Demonstrationen zugunsten Liebknechts bei den Berufungsverhandlungen im August und November 1916 brachten keinen rechten Erfolg. Hierin zeigte sich der stark dämpfende Einfluss der bereits geschilderten Antistreikaufrufe von Partei- und Gewerkschaftsführung sowie die abschreckende Wirkung massiver Unterdrückungsmaßnahmen durch die Militärbehörde.

Der Aprilstreik 1917

Im Laufe der ersten zwei Kriegsjahre nahmen die Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Heizmaterial und anderen Gütern des täglichen Bedarfs schnell zu. Lebensmittelkarten wurden eingeführt, doch eine ausreichende Zuteilung konnte nicht gewährleistet werden, weil zeitweise nur 50 Prozent der Rationen in den Geschäften zu erhalten waren. Häufiges stundenlanges Anstehen nach rationierten oder zusätzlichen Nahrungsmitteln, manchmal in tausendköpfigen Menschenschlangen, war notwendig. „Die ungenügende Lebensmittelversorgung war zweifellos eines der innenpolitisch brisantesten Probleme.“¹⁷ Ab und zu kam es zu Protesten wegen des Nahrungsmittelmangels und zu ‚Butter-Krawallen‘ mit Plünderungen von Geschäften. Doch insgesamt ertrug die Bevölkerung in den ersten Kriegsjahren den Mangel ohne größeren Protest, so dass selbst die Politische Polizei im Juli 1916 erstaunt feststellte: „Man muss es gesehen haben, wie in den Arbeitervierteln die Frauen oft stundenlang ruhig und still auf die ihnen zugewiesenen knappen Lebensmittelrationen warten und oft noch, ohne solche erhalten zu haben, wieder abziehen müssen.“¹⁸

Nach einer miserablen Kartoffelernte im Herbst 1916 verschlechterte sich die Ernährungslage dramatisch. Die Kohlrübe musste als Hauptnahrungsmittel in allen Varianten erhalten. Brot wurde wegen Getreidemangels mit Stroh gestreckt. Ausreichend Fett und Fleisch konnten meist nur im Schleichhandel zu Preisen, die für den Normalverdiener nicht erschwinglich waren, beschafft werden.¹⁹ In der sich in den städtischen Gebieten Richtung Hungersnot entwickelnden Versorgungssituation wurde am Ausgang des langen, harten ‚Kohlrübenwinters‘ 1916/17 die Ankündigung einer Senkung der Brotration für den 15. April zum Auslöser für einen Massenstreik in Berlin und Leipzig mit einer wesentlich höheren Beteiligung als im Juni 1916. Zusätzliche Impulse für Aktionen mag die Februarrevolution in Russland geliefert haben.

17 Gunther Mai: Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegsführung im Ersten Weltkrieg, München 1993, S. 114.

18 Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4, S. 149.

19 Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches 1871–1918, Frankfurt a.M. 1997, S. 458 f.

Vom 16. bis 18. April 1917 streikten in Berlin über 200.000 Personen und bildeten teilweise Demonstrationzüge in Richtung Innenstadt.²⁰ Die Streikenden beschränkten sich jedoch unter dem Einfluss der rechten Berliner DMV-Gewerkschaftsführer auf Forderungen zur Verbesserungen der Lebensmittelversorgung. 25.000 setzten den Streik mit zusätzlichen politischen Forderungen nach Frieden ohne Annexionen, Demokratisierung und Aufhebung der politischen Repressionen fort. Dann ging die Militärbehörde ab dem 20. April mit dem bekannten Mittel der strafweisen Einberufung gegen die Weiterstreikenden vor, „einige tausend Arbeiter der vorseitig genannten [weiterstreikenden] Werke [wurden] zum Heere eingezogen.“²¹ Der Streik hatte lediglich einen optischen Erfolg. Die Behörden nahmen die Beschwerden der Streikenden zur Kenntnis, und es wurden Kommissionen zur Lebensmittelverteilung gebildet. Eine wirkliche Besserung der Versorgungslage wurde damit nicht erzielt, wie selbst in den offiziellen Berichten des DMV beklagt wurde. Die Führungen von SPD und Gewerkschaften distanzieren sich dann auch vom Streik und warnten mit Argumenten wie im Juli 1916 eindringlich vor neuen Aktionen ähnlich wie Feldmarschall Hindenburg und der Chef des Kriegsammtes General Groener in einem Appell an die Bevölkerung. Die Generalkommission richtete zusammen mit den Richtungsgewerkschaften und Angestelltenverbänden sogar eine Art Ergebnisadresse an General Groener.²²

Wie im Sympathiestreik für Liebknecht im Juni 1918 waren die oppositionellen Obleute die Träger der mehrtägigen Berliner Massenaktion vom April 1917 mit einer beachtlichen Steigerung der Zahl der Streikenden in Berlin von 75.000 im Jahre 1916 auf ca. 200.000 im April 1917. Allerdings war es der rechten Berliner Gewerkschaftsführung – begünstigt durch die Ausschaltung Richard Müllers – gelungen, den Hauptstreik auf das Ernährungsproblem zu begrenzen. Die Spartakusgruppe hatte mit drei Flugblattausgaben die Streikenden, vor allem die Weiterstreikenden, ermutigt. Wahrscheinlich hatten Spartakusanhänger in den Streikleitungen der weiter im Ausstand verharrenden Betriebe, Obleute, die im Kontakt mit der Spartakusführung standen, in deren Sinne gewirkt. Mit dem Auftreten der USPD-Abgeordneten als Redner in den weiterstreikenden Betrieben erfuhr die Bewegung einen wirkungsvollen politisch-moralischen Beistand. Die Unterstützung durch die Spartakusgruppe und die USPD trug dazu bei, dass die mit politischen Forderungen weiterstreikenden Berliner Betriebe – mit 25.000 Beteiligten fast so umfangreich wie in Leipzig – mehrere Tage länger durchhielten und die Berliner Bewegung den Charakter eines politischen Massenstreiks bekam.

20 Landesarchiv Berlin (LA Berlin), A Pr. Br., Rep. 030, Nr. 15839, Bl. 333. Zum gesamten Streikablauf: Richard Müller, S. 78–88; Willibald Gutsche u.a.: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Januar 1915 bis Oktober 1917, Bd. 2, 2. durchges. Aufl., Berlin [Ost] 1970, S. 678–690 (unter überdimensionierter Hervorhebung der Spartakusgruppe); Miller: Burgfrieden, S. 293–296 (Leipzig und Berlin).

21 Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4, S. 201.

22 Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert, hg. von Hermann Weber, Klaus Tenfelde, Klaus Schönhoven, Bd. 1, Köln 1985, S. 348–350 (Hindenburg und Groener), S. 354–356 (Ergebnisadresse).

Der Munitionsarbeiterstreik im Januar/Februar 1918

Die von Berlin ausgehende oppositionelle Friedensbewegung in der Arbeiterschaft, hauptsächlich repräsentiert durch linke Betriebsobleute, Spartakusgruppe und USPD, wurde nicht nur durch die Einberufungen unmittelbar in und nach dem Aprilstreik 1917, sondern in der Folgezeit durch weitere Ereignisse geschwächt. Die Spartakusgruppe büßte ihre Handlungsfähigkeit zwischen Mai und Oktober 1917 durch Aushebung ihrer Flugschriftenzentrale, durch Ausscheiden weiterer Führungspersonlichkeiten aus beruflichen Gründen (Käte Duncker und Ernst Meyer), durch scharfe Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Bremer Linksradikalen, die die Gründung einer linksradikalen Partei verlangten, und durch den Verlust ihres Einflusses auf einen Teil der revolutionären Arbeiterjugend²³ weitgehend ein.

Die Aktionsbereitschaft der zentralen USPD war nach dem Aprilstreik 1917 monatelang stark eingeschränkt. Untersuchungsverfahren beim Reichsgericht gegen die Abgeordneten, die im Aprilstreik 1917 auf Betriebsversammlungen in Berlin die Streikenden unterstützt hatten, übten einen einschüchternden Druck aus. Der organisatorische Neuaufbau war zeitaufwendig und band die Kräfte, besonders da einige Bezirke und regionale Wahlvereine, die zu der Richtung der Bremer Linksradikalen tendierten wie Stuttgart, sich monatelang nicht zum Anschluss an die USPD entschließen konnten. Besonders bedrohlich erschien der USPD-Führung ein Untersuchungsverfahren beim Reichsgericht gegen einige ihrer Funktionäre wie Luise Zietz wegen ihrer Verbindungen zu den Matrosen, die wegen der Marineunruhen im August 1917 inhaftiert bzw. verurteilt worden waren.

Nach der Oktoberrevolution mit der Machtübernahme durch die Bolschewiki am 7. November in St. Petersburg und dem Dekret der neuen russischen Regierung mit einem Angebot über Frieden ohne Annexionen und Kontributionen vom 8. November 1917 rief die USPD zu Sympathiedemonstrationen auf, hatte damit jedoch nur einen sehr begrenzten Erfolg. Denn erst einmal schien für die Bevölkerung ein baldiger Friede in Aussicht zu stehen. Umso enttäuschender für die deutsche Öffentlichkeit war es, als sich ab Ende Dezember 1917 der Friedensschluss wegen der harten Haltung der kaiserlichen Regierung auf ungewisse Zeit verzögerte. Unter Berufung auf das Stockholmer Manifest der Zimmerwalder Linken (September 1917) mit der Aufforderung zum internationalen Massenstreik gegen den Krieg drängten die linken Obleute jetzt – in enger Zusammenarbeit mit dem linken USPD-Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour und dem Spartakusführer Leo Jogiches – bei Vorstand und Reichstagsfraktion der USPD darauf, zum Streik aufzurufen. Die von allen USPD-Reichstagsabgeordneten unterzeichnete indirekte Aufforderung wurde in ganz Deutschland verbreitet und erzielte mit über ½ Million Streikenden einen erheblichen Erfolg.²⁴

- 23 Ottokar Luban: Die Auswirkungen der Jenaer Jugendkonferenz 1916 und die Beziehungen der Zentrale der revolutionären Arbeiterjugend zu Führung der Spartakusgruppe, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, XI (1971), S. 185–223, hier insbes. S. 210 f.
- 24 Mündliche Befragung Paul Blumenthals durch den Verf., 14.9.1969; Emil Barth: *Aus der Werkstatt der Revolution*, Berlin 1919, S. 22; zum gesamten Streikverlauf Richard Müller, S. 100–111; Miller: *Burgfrieden*, S. 371–381.

Der am 28. Januar 1918 in Berlin beginnende Massenstreik war wieder von den Betriebsobleuten organisiert, erfasste ca. 400.000 Personen, rückte die Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen in den Vordergrund und dauerte eine Woche. Die streikenden Betriebe entsandten pro 500 Beschäftigte einen Delegierten, so dass im Gewerkschaftshaus am 28. Januar ca. 500 Delegierte zusammenkamen, die Richard Müller zum Versammlungsleiter wählten. Er erklärte, dass dies ein rein politischer Streik sei und deshalb die Berliner Gewerkschaftsleitung nicht die Führung des Streiks übernehmen würde. Die Generalkommission der Gewerkschaften hatte sich für neutral erklärt. Auf Antrag des USPD-Reichstagsabgeordneten Ledebour wurde die Bezeichnung „Arbeiterrat Groß-Berlin“ für die Delegiertenversammlung übernommen. In den Aktionsausschuss, so die Bezeichnung für die Streikleitung, wurden eine Arbeiterin und zehn Arbeiter – meist aus dem Kreis der Obleute – sowie je drei Vertreter der USPD- und MSPD-Führung entsandt. Die Forderungen umfassten zuallererst einen Frieden ohne Eroberungen und Kriegsentschädigungen, wobei Arbeitervertreter aller Länder zu den Verhandlungen hinzugezogen werden sollten. Zu den weiteren Forderungen zählten die Verbesserung der Lebensmittelversorgung, Aufhebung des Belagerungszustands, Wiederherstellung des Vereinsrechts sowie der Meinungsfreiheit in Presse und auf Versammlungen, Unterlassung von Eingriffen der Militärbehörde in gewerkschaftliche Angelegenheiten, Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, Freilassung der politischen Gefangenen und „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland“, zunächst in Preußen durch Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und „Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen“.²⁵ Diese Forderungen, die vom Aktionsausschuss dem Reichskanzler vorgetragen werden sollten, zielten auf eine Veränderung der halbabsolutistischen Staatsform und wiesen damit einen quasi revolutionären Charakter auf.

Die Militärbehörde ging sofort massiv gegen die Streikenden vor. Alle Versammlungen wurden verboten, so dass die Kommunikation zwischen Aktionsausschuss und Arbeiterrat stark beeinträchtigt wurde. Viele Betriebe wurden unter militärische Leitung gestellt. Die Massenaktion nahm in Berlin zeitweise bürgerkriegsähnliche Formen bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei an. Die Massenaktion, ursprünglich als dreitägiger Demonstrationsstreik gedacht, dehnte sich in Berlin auf fast eine Woche aus. Die gewünschten Verhandlungen des Streikkomitees mit Regierungsvertretern kamen nicht zustande, da die Regierung sich weigerte, Arbeiterräte zu empfangen, sofern sie nicht Abgeordnete waren oder als Repräsentanten einer Gewerkschaft gelten konnten. Die staatlichen Repressionen gegen die Streikenden übertrafen noch die nach den früheren Arbeitsniederlegungen. Viele wurden von Kriegsgerichten im Schnellverfahren zu Gefängnisstrafen verurteilt. „Fast alle revolutionären Obleute wurden zum Kriegsdienst eingezogen, dazu noch

25 Dokumente und Materialien, Bd. 2, S. 75. Die Forderungen wurden auch im SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ vom 29.1.1918 veröffentlicht, was zu einem mehrtägigen Verbot der Zeitung durch die Militärbehörde führte.

Tausende am Streik Beteiligte.²⁶ Die Massenaktion wurde von einer massiven Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe mit vorbereitet und begleitet, wobei die notwendige Finanzierung zu einem beträchtlichen Teil von linksbürgerlichen Pazifisten (Bund ‚Neues Vaterland‘) getragen wurde. Dagegen konnte die USPD außer dem in der Provinz hergestellten Aufruf der Reichstagsfraktion und den zwei gedruckten Mitteilungen des Aktionsausschusses nur ein eigenes Flugblatt herausgeben, dessen Druck von der Spartakusorganisation besorgt worden war.²⁷

Die Beteiligung der Mehrheitssozialdemokratie war in erster Linie auf Druck der MSPD-Betriebsvertrauensleute (also nicht der oppositionellen Obleute) erfolgt. Damit hätte eine breite Front für einen Verständigungsfrieden und die Demokratisierung des wilhelminischen Staates entstehen können, die zusammen mit den pazifistischen Geldgebern für die Flugschriften bis ins linksbürgerliche Lager gereicht hätte. Doch schnell zeigte sich die Halbherzigkeit der MSPD. In einer Stellungnahme führte der Parteivorsitzende Friedrich Ebert am 15. Februar 1918 aus: Die Teilnahme an den Streikgremien sei erfolgt, weil die Mehrheitssozialdemokraten von ihren Anhängern im Arbeiterrat dazu gedrängt worden seien. „Uns kam es darauf an, den Streik baldigst zu einem geregelten Abschluß zu bringen, zumal er seinen Demonstrationzweck bereits erfüllt hatte.“ Die MSPD-Vertreter in der Streikleitung wollten auf eine Änderung der bereits vor ihrem Hinzukommen beschlossenen Forderungen (offensichtlich sind die politischen gemeint) und die Zusammensetzung des Aktionskomitees drängen, wären aber wegen des Verbots einer weiteren Tätigkeit durch die Behörden nicht mehr dazu gekommen.²⁸ Inhaltlich bekannte sich Ebert zur Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und zu einem Verständigungsfrieden mit Russland, doch lehnte er zusammen mit seiner Fraktion den Diktatfrieden von Brest-Litowsk im Reichstag nicht ab, sondern enthielt sich der Stimme. Sehr deutlich – wenn auch leicht verlegen – distanzierte sich der MSPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Scheidemann vom Munitionsarbeiterstreik auf einem Treffen mit den bürgerlichen Parlamentskollegen im informellen Interfraktionellen Ausschuss am 5. Februar: „Der Str[eik] sei ihm selbst auch leid.“²⁹ Die Mehrheitssozialdemokratie entschied sich für die Beibehaltung des bereits seit Monaten im informellen Interfraktionellen Ausschuss des Reichstages praktizierten Bündnisses mit den bürgerlichen Kräften.

Eine ganz andere Haltung zeigte – in einem Privatbrief vom 15. Februar 1918 – der USPD-Vorsitzenden Hugo Haase, der immerhin im September 1917 in Stockholm die deutsche Arbeiterschaft nicht zu einer solchen Aktion für fähig gehalten und deshalb Bedenken gegen einen Aufruf zum internationalen Massenstreik geäußert hatte: „Der politische Streik [vom

26 Richard Müller, S. 111. Nach Bericht Oberkommando in den Marken, 15.2.1918, wurden in Berlin und den Vororten 3.500 streikende Arbeiter eingezogen (BA Berlin, R 1501, Nr. 12255, Bl. 243).

27 Interner Spartakusstreikbericht, in: Dokumente und Materialien, Bd. 2, S. 136. Ottokar Luban: Die Finanzierung der illegalen Antikriegsflugschriften im Ersten Weltkrieg. Spartakusgruppe und linksbürgerliche Pazifisten im Bund „Neues Vaterland“, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 16 (2008), S. 32–45.

28 Dokumente und Materialien, Bd. 2, S. 116, 117 (Zitat).

29 Der Interfraktionelle Ausschuss. 1917/18, 2. Teil, bearb. von Erich Matthias, Düsseldorf 1959, S. 197.

Januar/Februar 1918] ist das größte Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse, und er wird dadurch nicht verkleinert, dass er ohne greifbaren Erfolg abgeschlossen ist. Ein so starker Opfersinn und Idealismus ist sehr lange nicht zu beobachten gewesen. Nie ging in Deutschland eine Massenbewegung unter so schwierigen Umständen vor sich wie diese.³⁰ Trotz der Schwächung durch die Einberufungen und Verurteilungen versuchten der Spartakusführer Jogiches mit den revolutionären Obleuten und den Hamburger Linksradikalen sowie Barth in Gesprächen mit der Hamburger USPD und den dortigen Linksradikalen, ein Bündnis für einen kommenden Ausstand zu schmieden.³¹ Eine für künftige Massenaktionen wichtige enge Zusammenarbeit all dieser Gruppierungen schien realisierbar zu sein.

Als programmatische Grundlage für das gemeinsame Vorgehen sollte ein von der Spartakusführung vorgelegtes Aktionsprogramm dienen, das interessanterweise ziemlich genau der Struktur der Vorbereitung und des Ablaufs der von den Obleuten getragenen revolutionären Massenaktion im November 1918 in Berlin entsprach. Ein System von Arbeiter- und Soldatenräten von der Bezirks- über eine mittlere bis zur obersten Ebene, dem ausführenden Rat, sollte eingerichtet werden. Als Aufgaben wurden angeführt: Die mündliche und schriftliche Agitation, die Ausschaltung der Reptilienpresse, die Bewaffnung der Arbeiter, um der Polizeigewalt entgegenzutreten zu können, die Ausrufung der Revolution und die Proklamation einer Volksrepublik, die Auflösung aller bestehenden Parlamente, dafür die Errichtung einer nach freiem Wahlrecht gebildeten Konstituante und die Ersetzung der bestehenden Regierung durch Volkskommissare.³² Offensichtlich ist von diesem nur intern in kleiner Zahl kursierenden Programmwurf infolge der massiven Verhaftungsaktionen im Frühjahr 1918 kein Exemplar bei den führenden Linkssozialisten erhalten geblieben, so dass das Papier später in der vorrevolutionären Zeit, z. B. bei der Spartakuskonferenz im Oktober 1918, nicht mehr auftauchte.

Der schwierige Weg zum revolutionären Massenstreik: die Novemberrevolution 1918 in Berlin

Spätestens im Frühsommer haben die revolutionären Obleute begonnen, die nächste Massenaktion zu planen, diesmal jedoch nicht nur als politischer Massenstreik, sondern als eine von den Arbeitermassen getragene bewaffnete revolutionäre Erhebung zur Erreichung von Frieden und Demokratie. Die Bewaffnung sollte in erster Linie den Auseinandersetzungen mit der als absolut kaisertreu eingeschätzten Polizei dienen, möglichst schon mit abschreckender Wirkung. Sie sollte den streikenden und demonstrierenden Arbeitern das Gefühl der Wehrlosigkeit gegenüber der Polizei nehmen, das sie oft genug bei früheren Aktionen erfahren hatten. Bei den in Berlin stationierten Truppen hoffte man auf ein Überlaufen zu

30 An Elsa Haase, in: Haase, S. 157 f.

31 Barth, S. 30; BA Berlin, R 3003, C 30/118, Nr. 2, Bl. 43–45, Bl. 87 mit Rücks., Bl. 112 mit Rücks., Bl. 114 f., ebd., Nr. 4, Bl. 7–8; Volker Ullrich: Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg, Bremen 1999, S. 106 f.

32 Dokumente und Materialien, Bd. 2, S. 137 f. (Aktionsprogramm).

den Demonstranten. Diese Bewaffnung wurde als unabdingbare Voraussetzung für ein Gelingen des Massenaufstands angesehen. Unter der Führung von Barth und den bald hinzukommenden USPD-Politikern Ernst Däumig, dem amtierenden Parteisekretär, und dem schon bei früheren Aktionen sich in vorderster Front engagierenden Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour wurde – immer im Kontakt zu den Betrieben – versucht, wieder eine feste Organisation in den Berliner Fabriken aufzubauen und auch Kontakte zu den Städten und Regionen im Reich zu knüpfen. Der Aufstandsplan sah Demonstrationzüge von den Betrieben in den Vororten in Richtung Innenstadt vor, die alle von bewaffneten Arbeitern angeführt werden sollten, mit anschließender Besetzung aller wichtigen Regierungsgebäude.³³

Offenbar erfolgte die bekannte Finanzierung der Waffenkäufe durch die russische Botschaft erst im September und Oktober 1918.³⁴ Seit Anfang Juli 1918 versuchten die Abgesandten der Obleute Wilhelm Brauser und eine Frau Steinbrink in Amsterdam bei einem Elsässer André Jung, der schon die Finanzierung der vom deutschen Sozialisten Carl Ministerin Amsterdam herausgegebenen Wochenzeitung „Der Kampf“ vermittelt hatte, große Summen für die Bewaffnung der Obleute zu erlangen. Hinter Jung, der wohl auch mit den holländischen Sozialisten um Wijnkop in Verbindung stand, steckte der französische Militärattaché in Den Haag General Boucaille, der seiner Regierung eindringlich dazu riet, das Geld für die Bewaffnung der deutschen Revolutionäre zu bewilligen. Doch nach langwierigen intensiven Beratungen innerhalb der französischen Regierung – die Emissäre der Obleute wurden immer wieder vertröstet – wurde die Waffenfinanzierung Anfang November abgelehnt. Bereits Ende August hatte die Berliner Abgesandte Frau Steinbrink lediglich 5.000 M nach Berlin mitnehmen können.³⁵ Diese gesamte Episode hat in der deutschen Geschichtsschreibung bisher kaum Beachtung gefunden.³⁶

Ein erster intensiverer Kontakt der Obleute zu Vertretern der Bolschewiki ist höchstwahrscheinlich nicht früher als Mitte September 1918 zustande gekommen. Der bolschewistische Repräsentant Pjotr Stuschka besuchte nach einer parteiinternen USPD-Konferenz am 11. und 12. September 1918 auch eine Sitzung der revolutionären Obleute unter dem Vorsitz von Emil Barth und hatte sich dort „bedeutend mehr zu Hause gefühlt als auf der Parteikonferenz.“³⁷ Der Mitte Oktober in Berlin weilende Wirtschaftsexperte Miljutin berichtete in einem Brief an Lenin über „einen illegalen ‚Arbeiterrat‘, in dem 400.000 Arbeiter zusammen geschlossen sein sollen. Das ist eine bedeutende Angelegenheit. Es ist jedoch eigenartig:

33 Ebd., S. 32 f.

34 Vgl. Funkspruch Joffes in: Freiheit, 19.12.1918 (Morgenausgabe); Äußerungen Barths am 9.12.1918 auf der Sitzung des Rats der Volksbeauftragten, in: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, erster Teil, Düsseldorf 1989, S. 301 f.; Winfried Baumgart: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien/München 1966, S. 365–367.

35 Jean-Claude Montant: La propagande extérieure de la France pendant la Première Guerre Mondiale. L'exemple de quelques neutres européennes, thèse pour le doctorat de l'État, université de Paris I, Panthéon-Sorbonne 1988, S. 1479–1495f.

36 Henning Köhler: Ein französischer Agentenbericht aus dem revolutionären Berlin vom Dezember 1918, in: IWK 16 (1972), S. 50 (die einzige mir bekannte Erwähnung, allerdings ohne Quellenangabe).

37 Die deutschen unabhängigen Revolutionäre, in: Pravda, Nr. 255, 24.11.1918 (mit Zitat).

Die Spartakisten haben zu ihm fast keine Verbindung. Das trifft auch auf unsere Leute zu.“³⁸ Lenin hatte seit Anfang Oktober auf eine Revolution in Deutschland gesetzt und den Botschafter Joffe erneut dringend um Unterstützung der deutschen Linken – auch finanzieller Art – aufgefordert.³⁹ Doch konkret wird das Thema der Finanzierung von Waffen für die deutschen Revolutionäre von Joffe erstmals am 13. Oktober in einem persönlichen Brief an Lenin angesprochen, als er sich über die deutschen Linken beklagte: „Selbst für ihre Bewaffnung wollen sie nicht mehr nehmen, als sie schon genommen haben.“ Joffe befürchtete deshalb, dass die Aufstandsvorbereitungen zu einem Stillstand kommen würden, besonders wenn die Linken konkrete Friedensaussichten erkennen würden.⁴⁰ Und am 19. Oktober schrieb er an Lenin über eine Sitzung der USPD, auf der die Obleute wegen des zu langsamen Fortgangs der Bewaffnung aus technisch-organisatorischen Gründen eine allgemeine Demonstration (also noch nicht im Rahmen des geplanten Aufstands) ablehnten. Vor allem wollten die Arbeiter nicht unbewaffnet demonstrieren.⁴¹ Höchstwahrscheinlich hat der USPD-Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt Oscar Cohn, der juristische Beistand der Botschaft, die Transaktionen abgewickelt. Cohn, der wegen seiner unzuverlässigen Betreuung der von ihm verteidigten politischen Gefangenen berüchtigt war, mag diese Geldgeschäfte mit den Obleuten manchmal aus Schlampigkeit verzögert haben, so dass die Finanzierung nicht immer zügig genug abgewickelt werden konnte. Auf jeden Fall gab es aus konspirativen Gründen – außer beim Liebknecht-Empfang im Botschaftsgebäude am 24. Oktober unter Teilnahme Barths – keinen direkten Kontakt zwischen den revolutionären Obleuten und der russischen Botschaft.⁴²

Die späte und wegen Cohn möglicherweise stockende Finanzierung mag – neben der Schwierigkeit des Ankaufs – mit dazu beigetragen haben, dass die Bewaffnung tatsächlich in den ersten Novembertagen noch nicht in dem von der Führung der revolutionären Obleute für erforderlich gehaltenen Maße realisiert worden war. Außerdem hatten – wie der Mitte September vorübergehend aus dem Amsterdamer Exil nach Berlin gekommene Wilhelm Pieck in einem Gespräch mit der Führung der Obleute erfuhr – die Aufstandsplaner die Aktion eigentlich erst für Januar 1919 ins Auge gefasst.⁴³ So sinnvoll der Gedanke einer Bewaffnung der Demonstranten auch war, so schränkte das starre Festhalten an der ausreichenden Waffenversorgung – offensichtlich entsprechend dem Aufstandsplan Däumigs – die Handlungsfähigkeit der Obleute-Leitung bei der Festlegung des Aufstandstermins in den ersten Novembertagen erheblich ein.

38 Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (RGASPI), Moskau, f. 5, op.1, d. 1204, Bl. 1.

39 Alexander Vatlin: Im zweiten Oktober. Lenin, die Niederlage des Deutschen Reiches und die außenpolitische Wende der Bolschewiki, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 15 (2007), S. 180–200, hier insbesondere S. 195.

40 Zitat in: ebd., S. 195. Original in: RGASPI, f.5, op. 1, d. 2134, Bl. 40 Rück. (nicht 41, wie bei Vatlin irrtümlich angegeben).

41 Ebd., Bl. 49.

42 Siehe Anm. 34.

43 Montant, S. 1489.

Bei der Spartakusgruppe war mit der Verhaftung von Jogiches und seiner Helfergruppe am 24. März 1918 sowie der neu gebildeten Spartakuszentrale am 15. August ein Großteil ihrer illegalen Infrastruktur einschließlich der Verbindungen zu den anderen Linkssozialisten aufgedeckt worden. Dies beeinträchtigte ihre politischen Wirkungsmöglichkeiten in den letzten drei Monaten vor der deutschen Novemberrevolution ganz erheblich. Das hatte auch Auswirkungen auf das Verhältnis der Spartakusgruppe zu den Obleuten. Wie Pieck Mitte September 1918 bei seinem kurzen illegalen Aufenthalt in Berlin von der Leitung der Obleute erfuhr, hatten diese die Kontakte zur Spartakusgruppe abgebrochen, weil letztere zu sehr den Verfolgungen durch die Polizei ausgesetzt war.⁴⁴ Die Spitzelgefahr war augenscheinlich zu groß. Deshalb schotteten sich die Obleute gegenüber den Spartakisten spätestens seit August, möglicherweise aber schon früher ab. Nach der Rückkehr Liebknechts aus dem Zuchthaus am 23. Oktober nahmen wieder Vertreter der Spartakusgruppe an den Sitzungen der revolutionären Obleute teil, dann nicht nur mit den bereits im Sommer 1918 beteiligten USPD-Politikern Däumig und Ledebour, sondern auch mit der nunmehr ebenfalls hinzugezogenen USPD-Parteileitung. Erst gut zwei Wochen vor dem 9. November waren die in den vorangegangenen politischen Massenstreiks zusammenarbeitenden Kräfte des linken Lagers wieder bei der Vorbereitung einer revolutionären Massenaktion vereint.

Allerdings war die Aktionsbereitschaft der Berliner Arbeiterschaft Ende Oktober, Anfang November, für die revolutionären Politiker schwer einzuschätzen und eher negativ zu bewerten, was in der retrospektivistischen Geschichtsschreibung meist vergessen wird. Der sowjetische Botschafter Joffe, der im dauernden Kontakt mit der Führung der Spartakusgruppe und USPD stand, sah bis Ende Oktober keine Revolutionsbereitschaft in Deutschland. So konnte Joffe in seinem Schreiben an Lenin vom 13. Oktober 1918 kein Anwachsen der revolutionären Stimmung feststellen und hielt Lenins Revolutionshoffnungen entgegen: „Sie überschätzen zweifellos die Nähe der deutschen Revolution.“ Die Liberalisierungsmaßnahmen der deutschen Regierung und die Revolutionsdämpfung durch die Mehrheitssozialdemokraten hätten Wirkung erzielt, so dass nicht nur die MSPD, sondern auch das deutsche Proletariat gegen eine Revolution wären. Joffe schloss mit den Worten, dass man „deshalb (...) auf die deutsche Revolution in nächster Zeit nicht hoffen“ könne.⁴⁵ Die Unabhängigen waren für Joffe trotz eines revolutionären Aufrufes, den sie auf sein Drängen erlassen hatten, als Revolutionäre unzuverlässig, und er erwartete, dass sie die Revolution verraten würden.⁴⁶ Die Spartakusgruppe war trotz ihrer Schwäche seine einzige Hoffnung, vor allem für die Zeit nach der Freilassung Karl Liebknechts, des einzigen populären Führers. Auf Joffes Anregung hin wollte die Spartakusgruppe bei der Eröffnung der Reichstagssession Demonstrationen veranstalten. Dennoch blieb Joffe skeptisch: „Es ist ein Unglück, dass sie so schwach

44 Ebd., S. 1489. Möglicherweise sind diese Verbindungen bereits – wie in Hamburg zwischen oppositionellen Metallgewerkschaftlern und den Linksradikalen – im Mai 1918 abgebrochen worden, als die scharfe Beobachtung und die Bespitzelung durch die Politische Polizei nach mehrfachen Verhaftungswellen deutlich geworden war (BA, C 113/18, Nr. 4, Bl. 146; Barth, S. 30).

45 RGASPI, f. 5, op.1, d. 2134, Bl. 40.

46 Ebd., Bl. 41.

sind.⁴⁷ Noch am 28. Oktober 1918 wiederholte er seine pessimistische Erwartung: „Je mehr ich die Ereignisse hier betrachte, umso mehr komme ich zu der Überzeugung, dass die Revolution hier in Deutschland sich verspätet und auf jeden Fall eine Frage von Monaten ist.“ Nur falls die nationale Verteidigung und eine Militärdiktatur ausgerufen werden, würde es schnell zur revolutionären Explosion kommen.⁴⁸

Die Revolutionären Obleute, alle als Betriebsvertrauensleute in der Arbeiterschaft verankert und damit in genauer Kenntnis der Massenstimmung, lehnten noch am 2. November die revolutionäre Erhebung für den 4. November ab, weil sie dafür keine Bereitschaft in den Berliner Betrieben sahen.⁴⁹ Von der Leitung der revolutionären Obleute wurden nach der Festsetzung des Aufstandsdatums 11. November Boten mit diesem Termin in die Provinz geschickt. Die meisten kamen mit der Nachricht zurück, dass keine Stimmung für eine revolutionäre Erhebung vorhanden sei.⁵⁰ Gleichzeitig mussten die revolutionären Linken in Berlin erleben, dass auch unter der Regierung des Prinzen Max von Baden Polizei und Militär ihre Macht zur Unterdrückung von Massenaktionen in Berlin noch ungebrochen ausüben konnten. Versammlungen der USPD am 7. November wurden verboten, die Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen Berlins zu den übrigen Teilen Deutschlands unterbrochen. Revolutionäre Matrosen, die in den meisten Städten als Katalysatoren der revolutionären Bewegung wirkten, konnten nicht nach Berlin durchdringen bzw. sie wurden frühzeitig abgefangen und inhaftiert. Militär besetzte die Betriebe und alle strategisch wichtigen Punkte in der Stadt. Die Verhaftung des zu den Revolutionären gestoßenen Leutnant Walz am 3. November und des Strategen der Revolutionäre Ernst Däumig am 8. November mit der Beschlagnahme des Aufstandplans hätte ebenfalls abschreckend auf die Revolutionäre wirken können.⁵¹ Diesmal schienen die Behörden noch früher und massiver gegen die aufmüpfige Arbeiterschaft vorzugehen. Gleichzeitig versuchte die Mehrheitssozialdemokratie mit Hilfe einer massiven Pressekampagne – mehrere Sonderausgaben des „Vorwärts“ wurden bis zum Morgen des 9. November gedruckt – die revolutionäre Stimmung in den Berliner Fabriken zu dämpfen und die Arbeiterschaft von einer Massenaktion abzuhalten.

Sowohl die Regierungsbehörden wie die Mehrheitssozialdemokraten setzten also alle ihnen zur Verfügung stehenden militärischen, polizeilichen und propagandistischen Mittel ein, um das Übergreifen der seit Anfang November von den Küstenstädten sich über Nord- und Westdeutschland ausbreitenden revolutionären Bewegung auf die Reichshauptstadt zu verhindern. Die Linksozialisten hätten angesichts dieser massiven Gegenaktionen und der

47 Ebd., Bl. 41, Rückseite.

48 Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation, Moskau, f. 04, m. 70, d. 990, Bl. 94f.

49 Tagebuchartige Aufzeichnungen Karl Liebknechts, in: Liebknecht: Bd. IX, S. 582.

50 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO), NY 4017 (Nachlass Martha Arendsee), Nr. 11, Bl. 126.

51 Ernst-Heinrich Schmidt: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981, S. 101f., 223–226 (militärische Maßnahmen), S. 204f. (Schilderung des beschlagnahmten Aufstandsplans von Däumig). Schmidts äußerst materialreiche Monografie ist leider von den Historikern der Arbeiterbewegung wenig beachtet worden.

dadurch noch gesteigerten Ungewissheit über den Erfolg der geplanten revolutionären Massenaktion erst einmal in die vollständige Illegalität gehen und bis zum vorgesehenen Aufstandstermin 11. November abwarten können.

Doch als sich am 8. November die Nachricht einer Festnahme des Revolutionsplaners Ernst Däumig und – fälschlicherweise – anderer Revolutionsführer wie Richard Müller und Karl Liebknecht durch die Reichshauptstadt verbreitete, mussten die Obleute mit einer Verhaftungswelle rechnen, so dass ihr Anführer Emil Barth sowie – getrennt von ihm – Liebknecht und andere, improvisiert und abweichend vom eigentlichen Aktionstermin am 11. November, Aufrufe zum Aufstand am 9. November herausgaben. Von zentraler Bedeutung war nun die planmäßige Vorbereitung des Aufstands durch die revolutionären Obleute, insbesondere die Bewaffnung. Diese stärkte zum einen das Selbstbewusstsein der Aufständischen gegenüber der am 8. November und am Morgen des 9. in den Berliner Straßen noch deutlich sichtbaren Machtpräsenz des alten Regimes. Die vielfach mit den Betriebsvertrauensleuten besprochenen Pläne sorgten nach der Ausgabe der Parole zum Losschlagen für ein relativ planmäßiges Vorgehen der Demonstrationen und gaben der Aktion für einige Stunden eine gewisse Ablaufstruktur. Die aus den Fabriken in die Innenstadt ziehenden Demonstrationen konnten die Soldaten in den Kasernen zum Anschluss an die Aufständischen bewegen. Einige öffentliche Gebäude wie das wichtige Polizeipräsidium wurden von den Revolutionären übernommen – allerdings wohl nicht planmäßig genug –, einige Regierungsbauten erst gegen Abend.⁵²

Die MSPD-Führung hatte noch versucht, mit einem am Abend des 8. November auf Flugblättern und am Morgen des 9. November im „Vorwärts“ verbreiteten beruhigenden Aufruf die Belegschaften in den Fabriken vom Streik abzuhalten. Doch als am 9. November nach 9 Uhr während der Reichstagsfraktionssitzung die Nachrichten über die aus den Fabriken der Vorstädte in Richtung Innenstadt marschierenden Aufständischen eintrafen, riefen die mehrheitssozialdemokratischen Führer selbst den Streik aus – allerdings erst gegen Mittag, als die Demonstrationen schon die Innenstadt bevölkerten – und forderten um 12.30 Uhr unter Hinweis auf den Aufstand und den Übergang der Truppen zu den Revolutionären vom Reichskanzler Max von Baden die Übergabe der Regierung an die Mehrheitssozialdemokraten, wobei eine Teilnahme der Unabhängigen vorgesehen war. Voraussetzung für die dann tatsächlich vollzogene Übertragung der Regierungsgewalt an die mehrheitssozialdemokratischen Führer war allerdings der von den Obleuten zusammen mit der USPD und der Spartakusgruppe getragene erfolgreiche revolutionäre Arbeiteraufstand, der ja gegen den massiven Widerstand der MSPD und trotz des noch vom 6. bis 8. November sowie am Morgen des 9. November gezeigten deutlichen Machteinsatzes der Militärs zustande gekommen war.⁵³

52 Richard Müller, Bd. II, Wien 1925, S. 9–17; Barth, S. 52–57.

53 Heinrich-August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 1918 bis 1924, Bonn/Berlin 1985, S. 42; Text des „Vorwärts“-Aufrufs vom 9.11.1918 in Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hg.): Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, Frankfurt a. M. 1983, S. 67; Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, Teil 2, Düsseldorf 1966, S. 518–520; Richard Müller, Bd. II, S. 24, 230; Eberhard Buchner: Revolutions-

In etlichen Darstellungen über die Zeit des Ersten Weltkriegs finden sich umfangreiche Ausführungen über die sich verschlechternde Volksstimmung, über sich verschärfende, zeitweise in Richtung Hungersnot gehende Versorgungsengpässe, soziale und politische Spannungen, über die stetig wachsende Friedenssehnsucht.⁵⁴ Vor diesem Hintergrund ist es verwunderlich, dass es meist nur zu Lebensmittelkrawallen und Streiks für Lohnerhöhung und Ernährungsverbesserung gekommen ist und nicht zu größeren gesellschaftlichen Eruptionen. Doch die staatlichen Repressionen, die obrigkeitsstaatliche Mentalität, das dauernde Schüren von Siegeshoffnungen und einer nationalistischen Einstellung, unterstützt von fast der gesamten Presse, den Kirchen sowie sogar von den Mehrheitssozialdemokraten und den Gewerkschaften, haben dies über große Zeiträume des Kriegs verhindert. Erst die oppositionellen Betriebsvertrauensleute in der Metallindustrie haben als Kristallisationspunkte dafür gesorgt, dass das ständig wachsende oppositionelle bis revolutionäre Potenzial in der Arbeiterschaft in Aktionen mündete. Mit dem Mittel des politischen Massenstreiks hat eine oppositionelle linke Basisbewegung in der Arbeiterschaft während des Kriegs unter großen Opfern mehrfach deutlich ihre Stimme gegen den halbabsolutistischen Obrigkeitsstaat für Frieden und Demokratie erhoben. Am 9. November in Berlin hat diese von den revolutionären Obleuten geführte Massenbewegung wieder als Katalysator in der Arbeiterschaft gewirkt und mit dem erfolgreichen revolutionären Massenstreik, die Voraussetzung für die Machtübernahme durch eine aus den beiden sozialdemokratischen Parteien bestehende Regierung geschaffen.

In den Standardwerken der alten Bundesrepublik zur deutschen Novemberrevolution 1918, wie z. B. in denen von Eberhard Kolb, Peter von Oertzen, Susanne Miller oder Heinrich August Winkler, wird die Rolle der linksozialistischen Kräfte, die eine Massenaktion mit Regierungsumsturz und Errichtung einer sozialen Republik vorbereiteten und erfolgreich durchführten (Revolutionäre Obleute, Spartakusgruppe und weitere Teile der linken USPD), nicht genügend berücksichtigt und das Verdienst für die revolutionäre Erhebung in Berlin hauptsächlich den Mehrheitssozialdemokraten zugeschrieben.⁵⁵ Diese Interpretationen bedürfen vor dem Hintergrund einer detaillierten Analyse der politischen Vorgänge in den Tagen um den 9. November 1918 einer kritischen Überprüfung.

dokumente. Im Zeichen der roten Fahne, 1. Bd., Berlin 1921, S. 130. Bei Buchner – ähnlich wie bei R. Müller – Zeitpunkt für den Streikaufruf („Vorwärts“-Extrablatt): „1 Uhr mittags“.

54 Jürgen Kocka: *Klassengesellschaft im Krieg*. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1973.

55 Eberhard Kolb: *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*, Frankfurt a. M./Berlin 1978, S. 62, 115; Peter von Oertzen: *Betriebsräte in der Novemberrevolution*. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, 2. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 78; Susanne Miller: *Die Bürde der Macht*. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1919, Düsseldorf 1978, S. 41, 43, 81; Winkler, S. 42, 43 mit Anm. 62. Neuere Arbeiten mit den alten Darstellungsweisen: Helmut Schmersal: *Philipp Scheidemann 1865–1939*. Ein vergessener Sozialdemokrat, Frankfurt a. M. u. a. 1999, S. 158 f.; Walter Mühlhausen: *Friedrich Ebert 1871–1925*. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006, S. 106–108. Demnächst eine detaillierte Studie des Verfassers „Die Novemberrevolution 1918 in Berlin – Tatsachen wider das gängige Geschichtsbild“, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 1/2009.